



BODENVERBRAUCH STOPPEN!

Das Beispiel Ohlsdorf zeigt, wie arglos mit wertvollem Boden umgegangen wird. Mehr dazu auf **Seite 3**



STADTGRÜN RETTEN!

Umweltstadträtin Eva Schobesberger unterstützt den Erhalt von innerstädtischem Grün. **Seite 4**



REPARIEREN LOHNT SICH

Mit dem Reparaturbonus können Haushaltsgeräte und Mobiltelefone günstiger repariert werden. **Seite 5**

OÖ.PLANET

GRÜNE ZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

OÖ.PLANET NR. 04/2022 | PREIS: € 1,- | ÖSTERREICHISCHE POST AG | MZ 02Z031264 M
DIE GRÜNEN | LANDESGRUPPE OÖ | 4040 LINZ | LANDGUTSTR. 17 | RETOUREN AN POSTFACH 555 | 1008 WIEN

AUSGABE NR. 113
MAI 2022 24. JAHRGANG



RAUS AUS ÖL UND GAS

Der Ukraine-Krieg führt uns eine fossile Abhängigkeit vor Augen, die nicht nur die Kriegskasse des russischen Aggressors füllt, sondern auch den Weg in den Klimakollaps weiter beschleunigt. Diese fossilen Fesseln sind nur durch einen massiven und raschen Ausbau der Erneuerbaren Energien zu lösen. Die Umstiegspläne dazu liegen bereit. Seite 2, 4 und 6



Foto: Götzenberg/istock

DIE ZÄSUR IST NOCH NICHT VOLLSTÄNDIG

Die Schreckensbilder aus der Ukraine lassen Worte an ihre Grenzen stoßen. Sie taugen nur dazu, das Un-sagbare hilflos zu transportieren. Den Tod und das Leid tausender Menschen. Die Verzweiflung jener, die in zerbombten Häusern ausharren, der Millionen Vertriebenen und der zerrissenen Familien. Die Zerstörung des russischen Raketenfeuers, das nicht nur Städte in Schutt und Asche legt, sondern auch unzählige Existenzen.

Dieser Krieg ist eine historische Zäsur. Nichts ist mehr so wie es war. Der Westen rückt zusammen, Bündnisse werden erneuert, Sicherheitsdoktrinen neu ausgerichtet. Durch Europa geht nicht nur eine Welle der Empörung, sondern auch der Hilfsbereitschaft. Das wirtschaftliche Netzwerk mit Russland wird gekappt, fasert aus. Die letzten, aber noch immer intakten Stränge sind die Pipelines, in denen ungebremst Gas und Öl nach Europa fließt. Der Treibstoff für Putins Krieg. Diese

„Es ist jetzt der Zeitpunkt, uns endgültig von den fossilen Ketten zu lösen, nicht nur von den russischen.“

Zäsur ist somit noch nicht vollständig. Sie zu komplettieren ist Auftrag, Notwendigkeit und – es mag bei all dem Schrecken unangebracht klingen – auch Chance. Es ist jetzt der Zeitpunkt, uns endgültig von den fossilen Ketten zu lösen, nicht nur von den russischen. Generell. Nicht in diese nächsten Abhängigkeiten zu schlittern, sondern das zu tun, was uns der Klimaschutz schon längst gebietet. Raus aus Gas und Öl. Mit aller Kraft rein in die Erneuerbaren Energien. In Sonne, Wind und Wasser. Es ist keine kleine Herausforderung – sie wird Jahre dauern. Aber mit Willen und Tatkraft ist es möglich. Es ist eine machbare Aufgabe, ungleich leichter zu stemmen als die Herausforderungen, vor denen die Ukraine und ihre Menschen stehen. Aber auch kalkulierbarer als die Zukunft Russlands.

■ **STEFAN KAINEDER** IST WIEDERGEWÄHLTER LANDESPRECHER DER GRÜNEN OÖ UND UMWELTLANDESRAT



ZUGESPITZT



MARCO VANEK
CHEFREDAKTEUR
MARCO.VANEK@GRUENE.AT

UNANSEHN-
LICHES OÖ

In ganz Oberösterreich das gleiche Bild: am Rande der Ortschaften, entlang von Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen wird auf Teufel komm raus gebaut. Nach wie vor entstehen im ganzen Land neue Lagerhallen, Gewerbezentren, Einkaufsparks, als ob es nicht schon genug davon gäbe. Langsam, aber doch ändert sich das Landschaftsbild zum Schlechten. Schon längst gibt es bei uns Landstriche, die weder Land noch Stadt sind, sondern ein undefinierbares Zwischenland. Ein Mix, der Oberösterreich an vielen Ecken unansehnlich macht und wo man sich nicht mehr gerne aufhält. Beispiele, wie es anders gehen könnte, gibt es viele. Wer über die Grenzen Oberösterreichs fährt, sei es nach Bayern, ins Wald- oder Mostviertel, sieht, dass Raumplanung auch anders gehen kann. Dort gibt es zwar auch immer wieder diese unleidlichen Gewerbeparks an den Ortsrändern. Doch eine konsequente Raumordnung verhinderte dort die bei uns geförderten Siedlungssplitter in der Landschaft. Diese werden uns noch jahrzehntelang Folgeprobleme bereiten, sei es durch hohe Infrastrukturkosten, Abhängigkeit vom Auto, schwierige und teure Energieversorgung...

Dem Land, aber auch den Gemeinden würde es guttun, endlich einmal auf die Bremse zu steigen und einen mehrjährigen Umwidmungsstopp zu verhängen. Vielleicht regelt es sich auch von selbst, wenn wir uns das Bauen auf der grünen Wiese oder am Acker einfach nicht mehr leisten können durch die gestiegenen Energie- und Baukosten...

... meint Marco Vanek
Chefredakteur oö.planet



WIE DER AUSSTIEG VON
ÖL UND GAS GELINGT

Die Zeit von vermeintlich billigem fossilem Öl und Gas ist endgültig vorbei. Wir brauchen rascher denn je einen vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energieträger und müssen den Energie- und Materialverbrauch senken. Welche Schritte und Maßnahmen sind dafür notwendig?

MARCO VANEK

Der Angriffskrieg in der Ukraine hat die internationalen Energie- und Rohstoffmärkte in Aufruhr gebracht. Die Energiepreise schnellen in ungeahnte Höhen, die massive Importabhängigkeit lähmt unsere Handlungsfähigkeit gegenüber einem despotischen Regime. Staatliche Stützungsmaßnahmen sind jedoch nur ein Notprogramm und kein Plan zur Lösung des zugrundeliegenden Problems. Eine echte Lösung bringt nur der konsequente Umbau der Energieversorgung.

Der Grüne Ausstiegsplan
aus Öl und Gas

Die oberösterreichischen Grünen haben einen Plan vorgelegt, wie der Ausstieg aus Öl und Gas gelingen kann. Dieser Umstiegsplan wurde auch auf der vergangenen Landesversammlung vorgestellt und als Leitantrag von den Delegierten angenommen.



100 Prozent Ökostrom in Oberösterreich: Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz auf Bundesebene ist das Sprungbrett für die große Ausbauoffensive in Oberösterreich. Der Strom muss in Zukunft komplett aus Biomasse, Biogas, Geothermie, Photovoltaik, Solarthermie, Wasser- und Windkraft erzeugt werden.

Kesseltauschprogramm: Heizöl, Kohle und Erdgas werden in großen Schritten durch Biomasseheizungen, Wärmepumpen, Geothermie

ersetzt. Nah- und Fernwärmenetze müssen in Zukunft von erneuerbaren Energiequellen und Abwärme gespeist werden.

Jedes Dach ein Kraftwerk: Vor allem Oberösterreich braucht eine Photovoltaik- und Solaroffensive, mit der jedes Dach zu einem Kraftwerk wird. Darüber hinaus sollen auch bestehende Flächen genutzt werden, wie Lärmschutzwände, über Parkplätze, auf Lagerflächen und Produktionsanlagen...

Hundert Windräder in OÖ bis 2030: Vor allem die Windkraft hilft die Gasabhängigkeit zu verringern. Gerade in der kalten Jahreszeit ist der Energieverbrauch hoch, und die Wasserkraft liefert wenig Strom. Windkraftanlagen liefern wiederum im Winterhalbjahr zwei Drittel ihrer Gesamtenergieproduktion.

Naturverträglicher Ausbau der Wasserkraft: Bestehende Kraftwerke sollen weiterhin revitalisiert werden und dadurch der Stromertrag gesteigert werden.

Industrielle Abwärme nutzen: Noch viel zu viel an

Abwärme bleibt im Industriebereich ungenutzt. Die Potenziale zu heben muss Vorrang bekommen.

Thermische Sanierungs-offensive bei Gebäuden: Die wertvollste Energie ist die Energie, die nicht verloren geht. Daher müssen in Zukunft die Häuser aus natürlichen und recyclingfähigen Materialien gedämmt werden.

Verkehrswende einleiten: Mehr Radwege, Bus- und Zugverbindungen ausbauen und verdichten sind wichtige Bausteine, um den Verkehr klimafreundlicher und energieeffizienter zu machen.

Aktiv gegen Energiearmut: Die Energiewende ist eine zutiefst soziale Herausforderung. Mit Unterstützungsprogrammen soll Sorge dafür getragen werden, dass alle an der Energiewende teilhaben können.

Reparieren statt Wegwerfen: Mit dem Reparaturbonus des Klimaschutzministeriums werden Reparaturinitiativen gestärkt und Betriebe gefördert, die sich auf die Reparatur von Waren spezialisiert haben.

STEFAN KAINEDER ALS GRÜNER LANDESSPRECHER BESTÄTIGT



Die Grüne Landesversammlung wählte ihre Führungsgremien neu.

MARCO VANEK

Mit über 91 Prozent Zustimmung wurde Stefan Kaineder für eine zweite Funktionsperiode als Landessprecher wiedergewählt. Ebenso bestätigt wurden mit überwältigender Mehrheit seine StellvertreterInnen Dagmar Engl und Severin Mayr. Neu gewählt wurde auch der Landesvorstand, wo neben den Parlaments- und Landtagsabgeordneten auch Mitglieder aus den Regionen



Fotos: Zoe Goldstein (5)

und den Teilorganisationen vertreten sind. Neben langjährigen FunktionärInnen wie der oberösterreichische AUGÉ-Vorsitzende Martin Gstöttner und die Linzer Gemeinderätin Rossitza Ekova-Stoyanova sind im über 25köpfigen Gremium auch

junge Grüne wie Ronja Dumann und Leonie Stüger vertreten.

Auf der Landesversammlung zu Gast waren auch die Bundesregierungsmitglieder Werner Kogler und Leonore Gewessler.



SCHWARZER GÖNNER UND DER KAHLSCHLAG

Wer zahlt schafft normalerweise an. Das Beispiel der Rodungscausa Ohlsdorf zeigt, wie wirksam schwarze Netzwerke im Land sein können. Das Ergebnis: wertvoller Wald und fruchtbares Ackerland verschwinden für immer.

■ MARCO VANEK

Im Jahr 2006 und 2007 soll nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins News der Schottertycoon Hans Asamer der ÖVP in Vierteljahrestranchen insgesamt 500.000 EUR überwiesen haben. Die Spende soll ohne Gegenleistung erfolgt sein, beteuerte Asamer damals gegenüber News. Der heute 85jährige und frühere Industrielle war zwischen 1973 und 1983 ÖVP-Bürgermeister von Ohlsdorf und ist auch Ehrenbürger seiner Gemeinde.

„Da es im Verfahren auch negative Fachstellungnahmen gegeben haben soll, fordere ich die Offenlegung aller Entscheidungsgrundlagen vom zuständigen Raumordnungsreferenten.“

Stefan Kaineder, Umweltlandesrat

Viele Jahre später fädelte Hans Asamer einen aufsehenerregenden Grundstücksdeal in seiner Gemeinde Ohlsdorf ein, der ein politisches Nachspiel haben wird. Asamer hatte im Ortsteil Ehrenfeld neben dem REWE-Logistikzentrum nahe der Auto-

malerweise steht der Staatsforst auf der Bremse, wenn es um den Verkauf von Waldstücken im Besitz der Republik geht. Rein als Ackerland und Wald gewidmetes Land wäre aber für Asamer wertlos. So erwarb er auch eine Option auf

bahnanschlussstelle Laakirchen West die Umsetzung eines weiteren Betriebsansiedlungsgebiets ins Auge gefasst. Das rund 18 Hektar große Waldstück gehört zu einem Drittel der Bundesforste sowie einem örtlichen Gastronomen. Durchaus ungewöhnlich dabei ist, dass die Bundesforste bei diesem Deal mitmachten. Nor-

Umwidmung. Nachdem der Deal über die Bühne ging und auch das Grundstück von der Widmung her zu einem Gewerbegebiet wurde, veräußerte er den – um das zigfache wertvoller gewordenen Gewerbegrund – an die belgische Betriebsansiedlungsfirma VGP Group Van Geet. Doch bei der Umwidmung dürfte es zu gröberen Ungeheimtheiten gekommen sein, vermuten die Grünen.

Ging alles mit rechten Dingen zu?

Beim Umwidmungsverfahren musste Asamer grobe Hürden nehmen, ehe am 27. April 2020 der Eintrag im Flächenwidmungsplan erfolgte. Zunächst legte die Landesregierung ein Veto gegen die Umwidmung des Gemeinderates Ohlsdorf ein, nachdem mehrere Behörden negative Stellungnahmen abgaben. Eines kam vom Amtssachverständigen der Bezirkshauptmannschaft Gmunden, der auf die große ökologische

Bedeutung des Waldstücks hinwies. Nach einer Stellungnahme der Gemeinde änderte die Aufsichtsbehörde in der Zuständigkeit von Landesrat Achleitner ihre Meinung und gab grünes Licht für die Umwidmung. Dieses Umschwenken hatte zur Folge, dass 2021 eine Rodungsbewilligung erteilt wurde, mit der Auflage, woanders die 1,5-fache Fläche Wald aufzuforsten. Für Stefan Kaineder ist aber klar, dass die Ersatzaufforstung erst in einigen Jahrzehnten ihre Wirksamkeit entfalten wird und jetzt 270.000 Quadratmeter wertvolles Acker- und Grünland verloren geht.

Der schwarze Wirtschaftslandesrat Markus Achleitner sowie Hans Asamer beteuern zwar, dass bei den Umwidmungen alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Doch berechtigte Zweifel bleiben trotzdem bestehen, ob es hinter den Kulissen nicht doch zu politischen Einflussnahmen gekommen ist.



„Hier wird mit einem Federstrich eine riesige Waldfläche geopfert und gleichzeitig wird ein noch größeres Areal an wertvollem Ackerland zerstört“, Stefan Kaineder.

RIESIGE VERSIEGELUNG FÜR AMAZON LOGISTIKZENTRUM?

In der kleinen 3.500 EinwohnerInnen-Gemeinde Kronstorf – zwischen Enns und Steyr gelegen – soll Amazon neben bzw. auf dem vor Jahren bereits vom Internetriesen Google gekauften Gelände ein Logistikzentrum errichten. Nach unbestätigten Meldungen sollen bereits fertige Einreichpläne vorliegen. Weiterer 87.000 Quadratmeter wertvoller Ackerboden soll für Lagerhallen, LKW-Parkplätze und Andockstellen des weltweit agierenden Online-Handelsriesen geschaffen werden.

„Wertvolle Arbeitsplätze werden am Land verloren gehen.“

Für Umwelt und Klima-Landesrat Stefan Kaineder wäre dies ein herber Rückschlag bei den Bemühungen, den grassierenden Flächenverbrauch einzudämmen und den Boden für künftige Generationen zu schützen: „Die Nachricht, dass Amazon ein Logistikzentrum in Kronstorf errichten möchte, ist eine denkbar schlechte. Die Gegend in und um Kronstorf kann als die Kornkammer Oberösterreichs bezeichnet werden. Ich sehe es auch als einen Schaden für unser Land, wenn sich dort ein globaler Konzern ansiedeln möchte, der bekannt dafür ist, Steuervermeidung im großen Stil zu betreiben und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am absolut unteren Limit zu entlohnen. Dort wo jetzt unser Essen wächst, sollen dann hunderte LKWs auf einer riesigen zubetonierten Fläche Packerl durch die Gegend spazieren fahren. Allen politischen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern, die sich für eine Ermöglichung einer solchen Betriebsansiedlung einsetzen, muss auch klar sein, dass damit unsere regionale Wirtschaft eine Schwächung erfährt und wertvolle Arbeitsplätze am Land verloren gehen werden.“

EINE BESSERE BODENPOLITIK IST MÖGLICH

Die aktuelle Ausstellung im Architekturforum Linz zeigt viele mutmachende Beispiele, dass der Umgang mit Grund und Boden auch anders geht.

■ MARCO VANEK

Der Verein für Bodenfreiheit setzt sich in Vorarlberg schon seit Jahren auf unkonventionelle Weise für den Erhalt von Grün- und Freiflächen ein. Viele Freiflächen wurden angekauft und so verhindert, dass etwa zubetonierte Parkplätze

oder neues Betriebsbaugelände wertvollen Boden versiegeln. In der Gemeinde Ludesch hat der Verein eine Dienstbarkeit auf einem Grundstück erworben und sicherte sich so für die nächsten fünfzig Jahre ein Gehrecht auf dem Grundstück zu. Dies wurde auch im Grundbuch festgehalten. Ein Stein mit den Worten „Grünzone, in Stein gemeißelt“ markiert das Gebiet.

Sehr transparent und bürgerInnenfreundlich ist die Raumplanung in Dänemark. So kann jede frühere und aktuelle Planung sowie Planungsentwürfe auf einer Online-Datenbank abgerufen

werden. Interessant sind hierbei die rechtlich verbindlichen Lokalpläne, die eine Art Zwischenstufe zwischen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan und konkreter städtebaulicher Planung (Masterplan) darstellen. Für die interessierte Öffentlichkeit sind diese Pläne sehr anschaulich aufbereitet mit Visualisierungen, Bildern,



Erklärungen und nicht selten auch räumlichen oder atmosphärischen Darstellungen. Außerdem können Stellungnahmen zu den geplanten Bauvorhaben unbürokratisch abgegeben werden.

Mit dem Instrument des Baurechts verfolgt die Basler Stiftung Habitat ihr Ziel, Boden dem freien Markt zu entziehen und für eine leistbare Stadt für alle zu sorgen. Als gemeinnützige Wohnbautragerin errichtet sie Neubauten, bewirtschaftet bestehende Gebäude und erwirbt Grundstücke, die sie an andere Initiativen im Baurecht weitergibt. So konnten spannende Projekte wie das Mu-

sikerwohnhaus Lothringerstraße, der Jazzcampus Utengasse oder das Werkstatt haus Aktienmühle realisiert werden.



AUSSTELLUNG: BODEN FÜR ALLE

noch bis 11. Juni 2022 im Architekturforum OÖ, Herbert-Bayer-Platz 1, Linz Di. bis Fr. 16.00 bis 19.00 Uhr www.afo.at



**WELS:
RETRO-MODE FAIR
UND ÖKOLOGISCH**

Der Tauschraum in der Bahnhofstraße vereint soziale Ziele und ökologische Nachhaltigkeit. Dieses Projekt ist im Umfeld der Evangelischen Kirche entstanden. Die Idee dahinter: Man bringt (gut erhaltene) Kleidungsstücke und tauscht diese gegen Jetons. Diese kann man nun entweder wiederum in andere Kleidungsstücke umtauschen oder aber für Bedürftige spenden, die damit dann kostenfrei einkaufen können. Beispielsweise erhalten Bewohnerinnen des Frauenhauses und Bedürftige aus anderen Sozialeinrichtungen wie der Notschlafstelle Jetons für einen Einkauf. Es gibt aber auch ganz "normale" KundInnen, die dem Retro-Charme der angebotenen Hosen, Blusen oder Mäntel erliegen.

Eröffnet wurde der Tauschraum im Oktober 2020. Das war unmittelbar vor dem bisher längsten Lockdown, ein denkbar schwieriger Zeitpunkt. Trotzdem hat man durchgehalten und jetzt auch wieder durchgestartet. Finanziell einfach ist es für das Projekt aber keineswegs. Das Sortieren, Waschen und Verkaufen der Kleidung übernehmen zwar die rund 20 ehrenamtlichen MitarbeiterInnen. Spenden, Mitgliedsbeiträge und eine kleine Zuwendung aus dem Welser Umweltreferat finanzieren die Fixkosten aber nicht zur Gänze. Hier muss es mehr Unterstützung von der Politik geben. „Das Projekt ist rundum gelungen, ökologisch wie sozial“, würdigt der Grüne Umweltstadtrat Thomas Rammerstorfer die Einrichtung bei seinem letzten Besuch.



GRÜNE BILDUNGS- WERKSTATT: NEUER VORSTAND

Komplett neu aufgestellt hat sich der Vorstand der GBW. Dagmar Engl wurde wieder als Obfrau bestätigt, ihr Stellvertreter ist Tobias Reder und Finanzreferentin Gabriela Schönberger. Weitere Vorstandsmitglieder: Reinhard Ammer, Brigitte Huber-Reiter, Gabi Scherrer, Ursula Roschger und Siegmar Lengauer.

**UNSEREN SCHATZ MIT
ALLER KRAFT SCHÜTZEN**

Baumschutz ist Klimaschutz. Die Stadt Linz hat dies längst erkannt und kümmert sich verstärkt um den Altbestand in der Innenstadt. Die Umweltstadträtin Eva Schobesberger initiierte unter anderem ein Mitmach-Angebot für mehr Stadtgrün.

■ CHRISTOPHER BUZAS

Bäume sind unser größter Schatz im Kampf gegen die Auswirkungen der Klimakrise. Deshalb muss alles für den Schutz unserer natürlichen Klimaanlagen getan werden. In der Landeshauptstadt Linz hat die Baumpflege daher Priorität. Außerdem ist Linz mittlerweile auch der österreichischen Baumkonvention beigetreten. „Wo Bäume sind, fühlen wir uns wohl. Sie binden nicht nur Sauerstoff und ga-



In Linz initiierte die Umweltstadträtin Eva Schobesberger zahlreiche Förderprogramm für mehr Stadtgrün.

rantieren frische Luft. Bäume durchlüften und kühlen unsere Stadt, sind ein wichtiger Lebensraum für Tiere und somit ein unverzichtbarer und nicht durch andere Maßnahmen zu ersetzender Beitrag zum Klimaschutz“, streicht die Linzer Klimastadträtin Eva Schobesberger hervor.

Wie wertvoll Bäume sind, machen folgende Zahlen deutlich: Eine 150 Jahre alte Buche filtert an einem sonnigen Tag 500 Liter Regenwasser und verwandelt sie so in Trinkwasser. Ein durchschnittlicher Laubbaum produziert pro Tag 9.000 Liter Sauerstoff. Das ist genau so viel, wie 25 Menschen im gleichen Zeitraum zum Atmen benötigen. „Eines unserer wichtigsten Mittel zur Reduzierung von Hitzeinseln in der Stadt ist daher der Schutz bestehender, sowie die Pflanzung von zusätzlichen Bäumen“, ist Schoberberger überzeugt. Damit die natürlichen Klimaanlage ein möglichst langes Leben haben, betreuen die Mitarbeiter*innen des zuständigen Geschäftsbereiches Straßenbetreuung und Stadtgrün rund 40.000 Bäume im Stadtgebiet. Ein Großteil davon ist in einem digitalen Baumkataster erfasst, der öffentlich einsehbar ist.

Vielfältige technische Hilfsmittel kommen auch zum Einsatz,

wenn es darum geht, Bäume zu untersuchen, um einen möglichst langen Erhalt sicherzustellen. Die ExpertInnen greifen unter anderem auf Schalltomographen zurück. Damit lässt sich feststellen, wie es im Inneren eines Baumes aussieht und wie dort der gesundheitliche Zustand ist.

Genauso gefragt ist aber der Einsatz der LinzerInnen. So startet das Stadtgrünressort auf Initiative von Stadträtin Schobesberger ein Mitmach-Angebot zum Garteln vor der Haustüre, um die Stadt gemeinsam grüner zu machen. Bepflanzt werden können geeignete Flächen im öffentlichen Gut, wie Bauminself, Verkehrs- und Abstandsgrün. Wer hier mitgestalten möchte, soll ein Foto der Wunschfläche an baumscheibe@mag.linz.at schicken. Dort wird geprüft, ob eine Bepflanzung möglich ist und wenn ja, eine entsprechende Vereinbarung geschlossen.

GRUNDEINKOMMEN ODER GRUNDSICHERUNG?

Ein wichtiger Diskussionsbeitrag über das zukünftige Sozialsystem ist die neueste Publikation der Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen (AUGE). Darin enthalten sind

viele konkrete Vorschläge, wohin sich das Sozialsystem entwickeln soll. Von „Was ist Arbeit und wie viel ist sie wert?“ bis hin zur psychischen Dimension eines bedingungslosen Grund-



**AUF SICHEREM
GRUND**

**Impulse und Ideen zu
Grundsicherung und
Grundeinkommen**

Die Broschüre kann heruntergeladen werden unter dem Link:
[auge-ooe.at/auge-broschuere-auf-sicherem-grund/](https://www.auge-ooe.at/auge-broschuere-auf-sicherem-grund/)

Die Printversion der Broschüre kann auch gegen eine kleine Spende bestellt werden: office@auge-ooe.at,
Tel.: 0664 7386 5662



ZWEITES LEBEN FÜR DEFЕКTE GERÄTE

Der Reparaturbonus in Oberösterreich ist eine Erfolgsgeschichte. Nun übernimmt die Klimaschutzministerin Leonore Gewessler das oberösterreichische Modell und rollt es bundesweit aus. Wieviel Ressourcen allein in Oberösterreich damit eingespart werden konnten, zeigen die Zahlen vom Vorjahr.

MARCO VANEK

Den ersten Reparaturbonus führte 2018 Umweltlandesrat Rudi Anschober ein, 2021 startete Stefan Kaineder das damals schon erfolgreiche Förderprogramm neu, erweiterte die förderbaren Geräte und erhöhte so den ökologischen Effekt. So werden seit vorigem Jahr auch Großgeräte wie Elektroherde, Backöfen, Fernsehgeräte, Geschirrspüler und Waschmaschinen und nach wie vor Handys gefördert. Für fast 20.000 Elektrogeräte wurde ein Reparaturbonus ausgezahlt, über 55 Prozent (11.054 Stück) aller reparierten Geräte waren im Jahr 2021 Mobiltelefone, 3100 Stück Geschirrspüler, 2749 Waschmaschinen und 1766 Elektroherde. Mit insgesamt ca. 3,8 Mio. Euro trugen die durchgeführten Reparaturen zur regionalen Wertschöpfung in Oberösterreich bei. Den AntragstellerInnen konnten ca. 1,6 Mio. Euro an Förderung für die Reparaturkosten refundiert werden. Die Menge an eingesparten Ressourcen ist beachtlich: So



Foto: Andrey Popov / istock

wurden allein in Oberösterreich 817 Tonnen Kohlendioxid eingespart, das entspricht einer Jahresemission von 90 ÖsterreicherInnen. Über 423 Tonnen an Gerätemüll konnte vorerst vermieden werden.

EU-Geld für bundesweiten Reparaturbonus

Auf die positiven Erfahrungen aus Oberösterreich setzt nun die Grüne Klimaschutzministerin. Sie führte Ende April bundesweit den Reparaturbonus ein.

Leonore Gewessler nimmt für die nächsten vier Jahre 130 Millionen Euro in die Hand, die aus dem Wiederaufbaufonds der EU stammen. Der Reparaturbonus sei das Ergebnis europäischer Zusammenarbeit, und es sei „ein stolzer Moment, wenn in Europa etwas gelingt, wenn wir es gemeinsam machen“, sagte der EU-Kommissionsvertreter in Wien, Martin Selmayr.

Mit dem Wiederaufbaufonds der EU sollen Reformen finanziert und Investitionen getätigt werden, die Europa nach der Coronavirus-Krise „widerstandsfähiger, ökologischer und digitaler“ machen sollen, so Selmayr. Österreich sei dabei das erste EU-Land, das einen Reparaturbonus flächendeckend einführe.



Foto: Catherine Roider

Der Reparaturbonus, der 2021 vom Umweltlandesrat Stefan Kaineder in Oberösterreich wiedereingeführt wurde, diente als Vorbild für den bundesweiten Bonus.

REPARATURBONUS

Was wird gefördert?
Gefördert wird die Reparatur und/oder der Kostenvoranschlag für Reparaturarbeiten von fast allen Elektro- und Elektronikgeräten, die üblicherweise in privaten Haushalten verwendet werden.

Wie hoch ist die Förderung?
Jeder Reparaturbonus deckt 50 Prozent der Reparaturkosten. Allerdings ist die Förderung mit 200 Euro gedeckelt.

Wie komme ich zu meinem Bon für den Reparaturbonus?
Die Aktion richtet sich ausschließlich an Privatpersonen mit Wohnsitz in Österreich. Pro Gerät kann ein Bon auf www.reparaturbonus.at beantragt werden.

Welche Kosten werden für die Berechnung der Förderung berücksichtigt?
Die Arbeitszeit (inkl. Anfahrtskosten), die Materialkosten, die Versandkosten bei Material und Ersatzteilbestellungen wie auch die Arbeitszeit für die Erstellung des Kostenvoranschlags.

Wie viele Reparaturbons kann man erhalten?
Pro Elektrogerät kann ein Bon beantragt werden, der für eine Reparatur und/oder einen Kostenvoranschlag genutzt werden kann. Sobald dieser eingelöst wird, kann ein neuer Bon beantragt werden.

➔ www.reparaturbonus.at

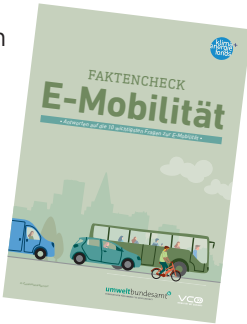
FAKTENCHECK

Ist ein Elektroauto wirklich besser für die Umwelt?

Elektromotoren sind effizient, leise und lokal abgasfrei, stoßen also im Betrieb selbst keine Treibhausgase oder Luftschadstoffe aus und ermöglichen vergleichsweise lärmarme Mobilität. Im ganzheitlichen Technologievergleich ausschlaggebend sind aber auch jene Emissionen, die vor und nach dem Betrieb entstehen. Hier ergibt sich ein deutlicher „Klimavorteil“ für Elektrofahrzeuge. Das gilt insbesondere dann, wenn der Strom für den Fahrbetrieb zu 100 % aus erneuerbaren Energiequellen stammt. In diesem Fall verursachen Elektroautos über das gesamte Fahrzeugleben um bis zu – 79 % weniger Treibhausgas-Emissionen als vergleichbare Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor. Gänzlich frei von Treibhausgas-, Luftschadstoff- oder Lärmemissionen sind aber auch Elektroautos nicht und auch der Flächenbedarf ändert sich allein durch den Technologiewechsel nicht.

Ist ein Umstieg auf Elektromobilität allein ausreichend?

Voraussetzung für das Erreichen der nationalen und internationalen Klimaziele ist die Reduktion des Energiebedarfs, die Maximierung der Energieeffizienz sowie der Einsatz erneuerbarer Energie. Im Verkehr ist die Elektrifizierung der Fahrzeugflotte hierfür ein zentraler Baustein. Darüber hinaus ist aber auch entscheidend, wie Elektrofahrzeuge zukünftig genutzt bzw. kombiniert werden. Die Bedeutung des klassischen öffentlichen bzw. öffentlich zugänglichen Verkehrs (Bus, Bahn, Mikro-ÖV etc.), des Zu-Fuß-Gehens und Radfahrens wird wachsen. Das geänderte Nutzungsverhalten wird gemeinsam mit der Energiewende maßgeblich die Mobilität der Zukunft mitgestalten.



Quelle: VCÖ-Faktencheck 2022 faktencheck-energiewende.at/faktencheck/e-mobilitaet/

WIE RAUS AUS DEM RUSSISCHEN GAS?

Eine Studie der Energieagentur zeigt, was getan werden muss, um vom russischen Gas unabhängig zu werden.

MARCO VANEK

Bis 2030 muss der Gasverbrauch um etwa ein Drittel – das sind 29 TWh – reduziert werden. In diesen Bereich gehört der konsequente Ausstieg aus Gas im Bereich der Heizungen. Bis 2030 kann die Hälfte der Gasheizungen auf grüne Alternativen umgestellt werden. In diesem Zusammen-

hang ist auch die Sanierung von Gebäuden wichtig, um Energie zu sparen. Zusätzlich braucht es den Umstieg auf Erneuerbare Energieträger und Effizienzsteigerung und Anreize für die Umstellung von Produktionsprozessen in der Industrie. Und mit dem umfassenden Ausbau von Strom aus Sonne, Wind und Wasser bis 2030 kann



Foto: Grünes Archiv

auch in diesem Sektor der Gasverbrauch deutlich reduziert werden.

Mehr Biogas und grüner Wasserstoff

Bis 2030 muss die Gasproduktion bei Biogas und grünem Wasserstoff um 14 TWh gesteigert werden: Durch den Ausbau der

Biomethanproduktion in Österreich wird die Abhängigkeit von Gasimporten reduziert. So soll auch ein Teil des jetzt für die Verstromung eingesetzten Biogases künftig ins Gasnetz eingespeist werden. Auch die Produktion von grünem Wasserstoff kann das unterstützen, besonders im Bereich der Industrie.

Alternativen beim Import

Bis 2030 müssen Gasimporte aus anderen Ländern als Russland um 20 TWh gesteigert werden: Um russisches Erdgas zu ersetzen, braucht Österreich alternative Lieferländer. Aktuell werden rund

16 TWh Erdgas aus anderen Ländern nach Österreich importiert, der Großteil davon kommt heute aus Norwegen. Zukünftig soll der europäische Import gesteigert werden. Zudem besteht die Möglichkeit von weiteren Gasimporten über Flüssigerdgas, etwa aus Katar oder den USA. Dazu kommt der verstärkte Import von grünem Wasserstoff. Hier braucht es bis 2030 auch weitreichende Investitionen in die notwendige Infrastruktur.

Werden diese Ziele erreicht, dann kann Österreich ab 2027 ohne Erdgasimporte aus Russland auskommen.

KOMMENTAR



■ SEVERIN MAYR
KLUBOBMANN DER
GRÜNEN IM OÖ. LANDTAG
SEVERIN.MAYR@
GRUENE.AT

DAS KOSTBARE
GUT DER
DEMOKRATIE

Ein Leben in Frieden, Freiheit und Demokratie ist nicht selbstverständlich. Nur hunderte Kilometer ostwärts liegen diese Werte ebenso in Trümmern wie Städte und menschliche Existenzen. Wir verurteilen, helfen so gut wir können. Wir sollten aber auch innehalten und in Anbetracht dieses Schreckens mit diesen kostbaren Werten hier bei uns besonders sorgsam umgehen. Ein sensibles Auge auf unsere Demokratie haben, sie in jeder Hinsicht stärken, ihr Wesen und ihre Institutionen weiterentwickeln. Genau daran arbeiten wir Grünen. Wir wollen die Demokratie lebendig gestalten, öffnen, Einbindung erleichtern und damit auch verloren gegangenes Vertrauen der Menschen zurückgewinnen. Diesen Demokratieschub verlangen wir seit vielen Jahren auch für die Art, wie unser Land geführt und regiert wird. Dies führt uns zum sperrigen Begriff des Proporz. Jenes System, das jeder Partei ab einer gewissen Stärke einen Regierungssitz garantiert. Weil es angeblich die breite Einbindung garantiert. Aber diese gibt es längst nicht mehr, abgelöst durch das Allmachtsstreben der ÖVP. Der Proporz ist obsolet, hemmt und muss durch ein modernes Regierungssystem ersetzt werden. Mit einer klaren Verantwortung der Regierung und gestärkten Rechten für eine wirkliche Opposition. Noch sind es allein die Grünen, die sich konsequent dafür einsetzen. Dies mag in Anbetracht des Krieges und des Demokratieverfalls in Russland kleinlich wirken. Ja, unsere Demokratie ist stark. Unser Anspruch muss aber sein, sie zu stärken. Diese Stärkung speist sich aus vielen Quellen. Die Abschaffung des Proporz ist eine davon.

IMPRESSUM

oö.planet. 4/2022 Zulassungsnr.: GZ 02Z031264 M

Medieninhaberinnen: Die Grünen OÖ und die Grüne Bildungswerkstatt, beide 4040 Linz, Landgutstraße 17 **Herausgeberinnen:** Die Grünen OÖ, die Grüne Bildungswerkstatt OÖ und der Klub der Grünen im oö. Landtag.

Die Redaktion: Mag. Marco Vanek (Chefredakteur), Mag. Gerhard Niederleuthner, Mag. Markus Ecker, Ursula Roschger **MitarbeiterInnen und AutorInnen:** Mag. Herbert Voraberger, Severin Mayr, Dr. René Freund **Korrektur:** Mag.^a Barbara Vanek **Fotos:** www.bilderbox.com, istock, Grünes Archiv, Mag. Marco Vanek, Ron Sandmayr

Gestaltung: agentur g+, Mag. Gerhard Niederleuthner und Gernot Wartner **Produktion:** Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner **Adressenverwaltung:** Tel.: 0732/73 94 00 Richard Steinmetz, service.ooe@gruene.at **Druck:** Wimmer Medien Druck, Linz **Verbreitete Auflage:** 22.000 Stück

Die nächste Ausgabe des oö.planet erscheint **Mitte Juli 2022**

DAS ABGEWETZTE RUHE-
KISSEN AUS ÖL UND GAS

Oberösterreich ist zu 80 Prozent von Putins Gas abhängig. Dies zu verändern ist die vorrangige Aufgabe der Politik. Doch Schwarz-Blau blockiert die Energiewende in Oberösterreich. Was kann das Land selbst dazu beitragen, um die Abhängigkeit zu verringern?

■ MARKUS ECKER

Wie war es doch bequem. Wie selbstverständlich haben russisches Gas und Öl über tausende Pipeline-Kilometer hinweg unsere Heizungen und Unternehmen befeuert. Uner-schöpflich, niemals versiegend und wie man sagt, beeindruckend günstig. Dass man dabei ebenso den Klimawandel befeuert, eine schon immer fragwürdige Staatsführung kniefallartig hofiert, mit Euro-Milliarden gefüttert und sich in eine fast schon kuschelige Abhängigkeit begeben hat – wurde in Kauf genommen. „Wir müssen selbstverständlich raus aus russischem Gas und Öl. Nicht aber um in neue Abhängigkeiten zu stolpern, sondern ganz weg von fossilen Brennstoffen. Nötig ist die Energiewende schon lange, jetzt muss sie umso schneller kommen“, sieht der Grüne Klubobmann LABg. Severin Mayr eine klare Konsequenz aus dem brutalen Vorgehen Russlands und allen seinen Folgen.

Die Beteuerungen, genau das zu tun, sind europaweit zu hören, auch von den Verantwortlichen in Oberösterreich, das 70 bis 80 Prozent des Erdgases aus Russland bezieht. Aber Ankündigungen machen

noch keine Energiewende und vor allem nicht schneller. Die schwarz-blaue Regierungszeit hat dafür unzählige Beweise geliefert. „Das Gas fließt, vom Klimaschutz reden wir, also warum etwas Gravierendes ändern. So hat Schwarz-Blau jahrelang agiert mit dem Ergebnis, dass die Energiewende ambitionslos vor sich hindümpelt“, meint Mayr und erinnert an die jahrelangen Forderungen und Anträge der Grünen, massiv in die Erneuerbaren zu investieren.

Energiewende beschleunigen!

Was wir aber wirklich brauchen, sind die konkreten Maßnahmen, die im Land sicht- und spürbar werden“, bekräftigt die Grüne Energiesprecherin LABg. Ulrike Schwarz, die jüngst genau

„Wir wollen 100 neue Windräder bis 2030.“

Ulrike Schwarz,
Energiesprecherin

deshalb einen Antrag auf eine beschleunigte Energiewende in Oberösterreich eingebracht hat. Denn um die Energiewende zu beschleunigen, muss es die



nötigen Grundlagen geben. Etwa eine Solaranlagenpflicht für Neubauten und schnellere Genehmigungsverfahren, auch im Bereich der Windkraft, deren Potenzial endlich umfassend genutzt werden muss. „In den letzten sechs Jahren ist genau ein neues Windrad gebaut worden“, zeigt Schwarz auf und sieht im schwarz-blauen Windmasterplan im Grunde „einen Windkraftverhinderungsplan, der komplett überarbeitet werden muss. Wir wollen 100 neue Windräder bis 2030 und dafür sind jetzt die Grundlagen

zu schaffen. Viele Pläne liegen bereits in den Schubladen“. Aber wie gewohnt sperren sich ÖVP und FPÖ. Aber für die Landeskoalition läuft alles blendend und ist Oberösterreich gar Energiewende-Vorreiter. „Das ist blanker Unsinn“, zeigt Schwarz auf. „Oberösterreich trottet beim Erneuerbaren Ausbau gemächlich dahin. Zu 70 Prozent ist das Land von Energieimporten abhängig und gibt dafür jährlich rund 2,4 Milliarden Euro aus“. In wessen Kasse diese vorrangig landen, ist mittlerweile bekannt.

LAND OHNE BODEN

■ MARKUS ECKER

Osterreich hat ein Problem. Wir verbauen zu viel wertvollen Grund und Boden. Maximal 2,5 Hektar sollten es österreichweit täglich sein, wenn wir uns an den von der Bundesregierung entwickelten Nachhaltigkeitszielen orientieren. Aber nach nur rund drei Monaten im Jahr 2022 ist diese Menge an Boden bereits verbraucht. Das ist der drastische Befund des WWF. Er zeigt einmal mehr auf, wie ungebremst der Flächenfraß fortschreitet. „Auch in Oberösterreich haben wir ein Problem“, meint der Grüne Raumordnungssprecher LABg.

Rudi Hemetsberger. „Wir haben ein Raumordnungsgesetz, das in der Zielsetzung zwar einiges ermöglicht, aber insgesamt zu viele Spielräume offenlässt. Und vor allem: Wir haben einen schwachen Vollzug.“

Immer wieder zeigen Fälle, wie verschwenderisch mit dem wertvollen Boden in OÖ umgegangen wird – im Kleinen und



im exorbitant Großen, wie in Ohlsdorf oder im Lachforst bei Braunau. 190.000 Quadratmeter Wald wurden in Ohlsdorf weggeschoben, für ein Warenlager, wie es aktuell heißt. Rechtlich war das möglich, trotz negativer Gutachten im Umweldungsverfahren. Das Land als Aufsichtsbehörde mischt sich inhaltlich nicht ein. Das Projekt kennt nur einen Profiteur. Verlierer sind das Allgemeinwohl und der Bodenschutz.

„Mit solchen Projekten verkommt Bodenschutz zur hohlen Phrase. Und dabei sind das nur die prominenten Spitzen eines Eisbergs“, verweist Hemetsberger auf den Umstand, dass in Oberösterreich täglich 2,2 ha

Boden für Bau- und Verkehrszwecke umgewidmet werden. „Ein Raumordnungsgesetz, das dies zulässt, ist entweder wirkungslos oder wird nicht konsequent umgesetzt. Dabei sind die Säulen für effektiven Bodenschutz bekannt und von ExpertInnen und den Grünen oftmals eingefordert“. Kein Bauen mehr auf den besten Agrarflächen und Grünräumen. Keine neuen Märkte auf der grünen Wiese und Parken unter oder über den Betrieben. Zudem sind Gebäudeleerstände und Industriebrachflächen endlich umfassend zu nutzen und Ortskerne behutsam nachzuverdichten. Das ist zu tun, damit Oberösterreich kein Land ohne Boden wird.

VERKEHRSPLANUNG MIT WEITSICHT GESUCHT

Oberösterreichs Verkehrsplanung beruht auf einem 14 Jahre alten Gesamtverkehrskonzept. Dieses passt überhaupt nicht mehr zu den aktuellen Anforderungen.

■ MARKUS ECKER

Schwer liegt der Tankstutzen in der Hand, das Zählwerk arbeitet sich gnadenlos zu einer Endsumme, die schwer auf Laune und Portemonnaie lasten. Tankstopps waren bisher eine Notwendigkeit, nicht wirklich vergnüglich, aber unumgänglich. Seit einiger Zeit sind sie eine Nervenfrage. Denn über Sanktionswege und Marktmechanismen haben sich die Folgen des Ukraine-Kriegs auch an den heimischen Zapfsäulen breitgemacht.

Es ist de facto ein Tanken ins Unbekannte, denn keiner weiß, wann und ob überhaupt die Preise wieder auf bekanntes und tolerierbares Niveau sinken. Ein paar kurzfristige mehrwertsteuerliche Gedankenspiele weiter wartet jedoch eine langfristige Erkenntnis: Wir müssen raus aus Öl und Gas, aus der fossilen Abhängigkeit, grundsätzlich und selbstverständlich

auch im Verkehrsbereich. „Dass die Verkehrswende überfällig ist, der Öffi-Ausbau markant schneller gehen muss, ist seit Ewigkeiten bekannt. Als Instrument gegen den Klimakollaps, aber auch, um den Leuten eine wirkliche Alternative zum PKW und exorbitanten Spritpreisen anzubieten. Und noch nie war dieses Argument so tonnen-schwer wie jetzt“, betont die Grüne Mobilitätssprecherin Dagmar Engl.

Bekannt wäre dies schon seit langem, allein die Prioritäten der schwarz-blauen Landesregierung waren andere. Tief getaucht in Beton, Asphalt und einen milliarden-schweren Investitionsstrom in Autobahnen.

Und doch ist die Lernbereitschaft der schwarz-blauen Landeslenker leider enden wollend. Man ist um Öffi-Bekenntnisse bemüht, aber in der Realität kommt der Ausbau

nur leicht dosiert an. Neuerlich ablesbar in der jüngst präsentierten Verkehrsplanung für die nächsten Jahre. „Das ist Fortschreibung des Bekannten, mit ein paar bunten Öffi-Klecksern. Und es basiert auf einem 14 Jahre alten, völlig überholten Gesamtverkehrskonzept, das nicht mehr ansatzweise zu den aktuellen Herausforderungen passt“, meint Engl und streicht ihre Forderung nach einem neuen Gesamtkonzept hervor, wie es die Grünen jüngst beantragt haben. „Ein Gesamtverkehrskonzept, das dem Land eine neue Mobilität bringt, das Klima schützt und damit den Anforderungen der Zukunft gerecht wird“, wie es Engl umschreibt.

Monströse Autobahnprojekte wie die Linzer Ostumfahrung tun es definitiv nicht. Dass man weiter auf deren Bau beharrt, ist für die Grüne Klimaschutzsprecherin und Landtagsabgeordnete Anne-Sophie Bauer „der Gipfel der Zukunftsvergessenheit“. „Solche Pläne widersprechen in der aktuellen Lage jeder Logik. Sie gehen nicht nur an jetzigen und künftigen Anforderungen vorbei, sondern auch zu Lasten der nächsten Generationen“, meint Bauer und sieht in der Straßen-Fixierung der Verantwortlichen ein völlig verkehrtes Signal.



Dass das Land Oberösterreich nach wie vor auf dem Bau von Autobahnen beharrt, ist der Gipfel der Zukunftsvergessenheit“, Anne-Sophie Bauer (links), Grüne Klimaschutzsprecherin im Oö. Landtag und Dagmar Engl (rechts), Grüne Mobilitätssprecherin.



BILLIGERES KLIMATICKET FÜR JUNGE MENSCHEN

In Oberösterreich zahlen junge Menschen 604 Euro für das landesweite Klimaticket, mehr als das Doppelte als in Tirol. Die Grüne Klimaschutzsprecherin Anne-Sophie Bauer hat im Landtag einen Antrag für ein kostengünstigeres Klimaticket für alle Menschen bis 26 Jahre eingebracht. „Besonders die Jungen nutzen die Öffis, und wir müssen dafür sorgen, dass es noch mehr werden. Das schaffen wir, indem wir das Angebot rauf- und die Preise weiter runterschrauben.“



DIE TEUERUNGSWELLE ABFEDERN

Ein Entlastungspaket speziell für Oberösterreich sieht die Grüne Sozialsprecherin Ines Vukajlovic als unverzichtbar. Denn die Teuerungswelle in Folge des Ukraine-Krieges lastet schwer auf dem Land und seinen Menschen. Vor allem auf jenen mit geringerem Einkommen. „Für sie wird es immer schwerer die Energiekosten und den Einkauf zu zahlen. Viele stehen bereits mit dem Rücken zur Wand. Sie müssen wir unterstützen“, meint Vukajlovic. Der Bund hat ein Entlastungspaket auf den Weg gebracht, andere Bundesländer haben bereits mit eigenen Paketen nachgeschärft. „Das muss auch Oberösterreich tun, es muss seine eigene Verantwortung für die Menschen im Land übernehmen. Dem kann sich Schwarz-Blau nicht verweigern“, nimmt Vukajlovic die Landeskoalition in die Pflicht und sieht ganz konkrete Maßnahmen. Von der Verdoppelung des Heizkostenzuschusses, einer Erhöhung der Wohnbeihilfe, des Sozialhilfe-Richtsatzes für Kinder über die Einrichtung eines Sozial- und Klimafonds, einen Energiebonus bis hin zur Senkung der ÖV-Tarife für Klimatickets auf 365 Euro für ganz Oberösterreich. „Wir dürfen die OberösterreicherInnen in dieser prekären Lage nicht im Stich lassen, sondern müssen alles daran setzen, deren Leben leistbar zu machen“.



SCHWARZ-BLAUES TAGEBUCH

27. APRIL 2022

Mein liebes Tagebuch, ich werd da jetzt am Anfang net großartig Schmääh führen. Geht gar net. Tausende Leut sterben in der Ukraine, Millionen flüchten, Bomben fallen, Städte werden ausradiert. Des ist a Riesentragödie und a blutige Blamage für die Zivilisation. Punkt. Des braucht ka Satire, das braucht a End.

Aber a paar Worte dürfen schon sein zu denen, die den Putin klass, sein Gas noch klasser und a gemeinsames Bildl am überhaupt klassesten gefunden haben. Ob im Zweireiher, Skioverall oder trachtig. Stehend, sitzend oder auf an Knie. Ein sentimentales Nastrovje auf diese leiwan-

Zeit, in der die Beuschel-Borschtsch-Connection so gut funktioniert hat.

Und jetzt? Der russische Bär hat sein Demokratiepelz übern ukrainischen Grenzzaun ghängt und wir winden uns, weil ma ohne russisches Gas mit der dicken Jacken vor einer kalten Jausn und einer Kerzen sitzn. Einer klanen Kerzen, weil die werden a immer teurer so wie alles andere. Heizen, Tanken, Wohnen, wenn i jetzt a Rechnung aufmach bin i nervöser als nach an Covid Test. Wir müssen weg vom russischen Gas, des wissen außer an deutschen Ex-Kanzler eh schon die meisten. Solar statt Zar muss es heißen, Biomasse statt Oligarchenkasse und

Windstrom statt Gazprom – da müss ma hin, grad wir in Oberösterreich, aber mit einer schwarz-blauen Augenbinden findet ma halt den Weg net. Ein einziges Windradl ist in den letzten sechs Jahren baut worden, des Abholzen vom Ohlsdorfer Wald ist deutlich schneller gangen. Wann ma wirklich 100 neue Windradl bauen wollen, derf des net 600 Jahr dauern.

Was tut sich denn sonst noch: Die Welt hat an ganzen Vormittag grätselt, warum genau der Nehammer nach der Ukraine a zum Putin gfahren ist. Schon am Nachmittag hats kan mehr interessiert. Genau so lang ist wieder über die Neutralität diskutiert worden und gleich ist

die heilige Kuh wieder im Stall gstanden. De Rendi Wagner hat grad rechtzeitig vor den nächsten Wahlen a Kanzlerrede gehalten, man munkelt, über einen zeitgleich gefallenen Reissack in China. Des Bundesheer wird aufgerüstet, bevor Liechtenstein auf blede Ideen kommt und unser liebstes Haustier ist jetzt der freilaufende Virus, san ma gspannt, ob er nach dem Sommer noch immer da ist. Was ähnliches fragt sich grad a der LH Wallner in Vorarlberg.

So, es reicht, oder cela suffit, wie der Franzose sagt, nachdem er grad die Le Pen gewählt hat.

■ MARKUS ECKER

HILFE FÜR DIE UKRAINE

Wir alle sind erschüttert von dem brutalen russischen Angriff auf die Ukraine, der Millionen von Menschen in tiefes Leid gestürzt hat und den Frieden in ganz Europa bedroht. **Unsere volle Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine. Viele Menschen wollen einen Beitrag leisten** und Organisationen und Menschen vor Ort unterstützen. **Wie kann ich helfen:**

WERDE SELBST AKTIV:

Wohnraum, Sachspenden, Hilfe beim Übersetzen oder einfach deine Zeit – es gibt viele Möglichkeiten, aktiv zu werden und Organisationen zu unterstützen. In Oberösterreich unterstützt die Anlaufstelle Zusammenhelfen Freiwillige in ganz Oberösterreich, die sich rund um die Themen Flucht, Asyl und Integration engagie-

ren. Mehr dazu auf: **→ zusammen-helfen.at/**

Unterstützenswert ist auch die ukrainische Community in Oberösterreich Point of Ukraine, die über Facebook erreichbar ist. **→ facebook.com/Point-of-Ukraine-Ukrainische-Community-in-OÖ-102536809062822**

TEILE INFORMATIONEN, DIE ANDEREN HELFEN KÖNNEN:

Die Hilfsbereitschaft der Menschen ist riesig. Teile Hilfs- und Spendenaktionen auch in deinem Netzwerk. Verbreite nützliche Infos, damit Menschen wissen, wie und wo sie helfen können.

ZEIG DICH SOLIDARISCH – GEHE DEMONSTRIEREN:

Überall in Europa finden Demonstrationen für die Ukraine statt. Setze auch du ein starkes Zeichen und gehe für Demokratie und Frieden auf die Straße.

SPENDE GELD ODER SACHLEISTUNGEN:

Sachspenden können in den Shops der Volkshilfe OÖ abgegeben werden. Eine Übersicht über die Spendenmöglichkeit gibt es unter:

→ gruene.at/news/hilfe-fuer-die-ukraine



Foto: Daniele Franchi / Unsplash

GRÜNE TERMINE

Do, 19. Mai, 19 Uhr, Grünes Haus Linz
Lesung „Kämpferinnen“ mit Birgit Buchinger, Eintritt Frei

Di, 24. Mai, 18.30 Uhr, Livestream
via ooe.gbw.at
Expert*innenrunde zum Thema
„Digitale Arbeitswelt – Chancen und Risiken“

Di. 31. Mai, 17.00 Uhr, Stadl-Paura
Do. 2. Juni, 17.00 Uhr, Steyregg
NaturGEHspräche: Artenvielfalt und alte Schottergruben

Do, 30. Juni, 18.30 Uhr,
Grünes Haus Linz,

Film & Diskussion „Der Markt-gerechte Mensch“ mit Markus Koza, Ulrike Schwarz, Martin Gstöttner, uvm. Eintritt frei.

4. bis 8. September
Wie tickt die EU – Bildungsreise nach Brüssel zu den Europäischen Institutionen

4. bis 8. Oktober
Straßburg und das Elsass – Auf Besuch im EU-Parlament, Europarat und mehr

Nähere Infos zu diesen und weiteren
Veranstaltungen unter: **ooe.gbw.at**



IM GESPRÄCH:
PUTINS KRIEG

MIT:
Michel Reimon
Livia Klingl
Robert Misik

MODERATION & INPUT:
Journalist
und Autor

MITTWOCH, 29. JUNI, 19 UHR
GRÜNES HAUS LINZ

Aufgrund begrenzter Kapazitäten bitten wir um verbindliche Anmeldung unter office.ooe@gbw.at
Die jeweils geltenden Covid19-Bestimmungen müssen eingehalten werden.



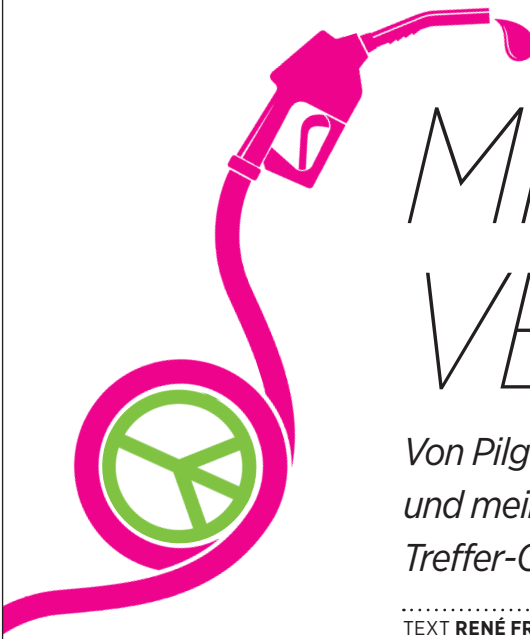
OÖ.GBW.AT

KONTAKT

Die Grünen OÖ – Die Grüne Alternative
Landgutstraße 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 **Fax** DW 556
Mail ooe@gruene.at
Web ooe.gruene.at
FB facebook.com/grueneooe

REDAKTION

oö.planet – Grüne Zeitung für OÖ
Landgutstr. 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 **Fax** DW 556
LeserInnenzuschriften:
Mail marco.vanek@gruene.at
Tel. 0732/73 94 00
Adressverwaltung: Richard Steinmetz
Mail service.ooe@gruene.at



MILDER VERLAUF

Von Pilger-Reisen, Fußball-Träumen – und meiner sehr schlechten Treffer-Quote als Prophet.

.....
TEXT **RENÉ FREUND**

In der guten, alten Zeit gebärdeten wir uns als eine Nation der Fußballtrainer. Inzwischen sind wir zu einem Volk der Virologinnen und Infektionsversther geworden. Wer dachte, es kann nicht schlimmer kommen, wurde eines Schlechteren belehrt. Nun sind wir eine Nation von Militärexperten und Armeestrateginnen geworden. Wir diskutieren über Aufmarschpläne und Guerilla-Straßenkampf, sowjetische Kampf-flugzeuge und ballistische Schutzhelme, Kampf-moral und Nachschublogistik.

Wenn es nicht so traurig wäre – es hätte einen durchaus komischen Aspekt, dass wir nun nach Jahrzehnten plötzlich unser Bundesheer wieder-entdeckt haben. Das gibt es ja auch noch! Wo waren die die ganze Zeit? Ich gebe zu, als ehemaliger Zivildienstler habe ich jahrelang verkündet, es werde nie wieder einen altmodischen Krieg mit Panzern und Gewehren geben. Ich habe allerdings auch im März 2020 prophezeit, dass bald niemand mehr von diesem Virus reden wird.

Wie Matthias Claudius im Jahr 1778 möchte man ausrufen: „s ist Krieg! 's ist Krieg! O Gottes Engel wehre/Und rede du darein!/'s ist leider Krieg – und ich begehre/Nicht schuld daran zu sein!“ Leider

sind wir aber schuld daran, denn das Dilemma ist ein furchtbares: Wenn wir sofort auf russisches Gas verzichten, bricht unsere Wirtschaft zusammen. Lassen wir uns weiter beliefern, finanzieren wir einen Krieg, den wir zutiefst ablehnen und der als Folge ein neues Wettrüsten nach sich zieht. Geld für Waffen statt für die Rettung der Natur. Und hier lauert bereits das nächste Dilemma: Schon wieder ist die Klimakatastrophe aus dem Blickpunkt gerückt. Doch sie wird uns alle betreffen, mit der traurigen Logik von allen Katastrophen, dass die Armen am meisten zu leiden haben.

Was sind die Alternativen? Momentan sind es Pilger-Reisen nach Saudi-Arabien, die allerdings nicht Mekka gelten. Irgendwann wird man dann überrascht feststellen, dass die Scheichs auch keine Superdemokraten sind. Nein, es kann nur einen Weg geben: So schnell wie nur irgend möglich raus aus Öl und Gas. Das hilft dem Klima – und dem Frieden. Bei allem, was da auf uns zukommt, kann ich uns nur einen „milden Verlauf“ wünschen. Und, dass wir vielleicht wieder einmal unbeschwert über Fußball reden können.

.....
René Freund lebt als Autor in Grünau im Almtal.
Passend zum Thema ist sein Buch „Mein Vater, der Deserteur“, Deuticke Verlag.